

Pressemitteilung

Montag, 31. Juli 2017, Bonn / Osnabrück

Teilhabe ermöglichen – Konflikte lösen – Bürger informieren

Ein neuer Bericht zeigt die vielfältigen Aufgaben und Strategien von deutschen Kommunen bei der Unterbringung von Flüchtlingen

Welche Konflikte entstehen bei der Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten? Wie gehen Kommunen mit diesen Konflikten um? Wie verhindern sie ihre Entstehung? Ein neuer Forschungsbericht von IMIS (Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien der Universität Osnabrück) und BICC (Internationales Konversionszentrum Bonn) zeigt Antworten der Flucht- und Flüchtlingsforschung und Friedens- und Konfliktforschung auf diese Fragen. Zudem gibt er Empfehlungen an Bürgermeister, Integrationsbeauftragte und Sozialarbeiter, wie sie Prinzipien der Gewaltprävention und Konfliktbearbeitung in die kommunale Flüchtlingsarbeit einbinden, Bürger beteiligen und dabei Teilhabemöglichkeiten für Flüchtlinge schaffen können.

In den vergangenen Jahren haben Kommunen enorme Anstrengungen unternommen, um neu angekommene Flüchtlinge unterzubringen, ein friedvolles Zusammenleben zu ermöglichen und gute Startvoraussetzungen für die lokale Integration zu schaffen. Dennoch ist die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen nicht frei von Konflikten geblieben. In einigen Städten haben sich bereits vorhandene Konflikte, zum Beispiel um Wohnraum oder um soziale Angebote, deutlich verschärft. An anderen Orten sind ganz neue Konflikte aufgetreten – innerhalb von Gemeinschaftsunterkünften und um die Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften im lokalen Umfeld.

Der Bericht wertet eine große Bandbreite an wissenschaftlichen Publikationen aus diversen Disziplinen aus, in denen verschiedene Konfliktkonstellationen untersucht werden, um generelle Erkenntnisse der Forschung in diesem Bereich zusammenzufassen. **„Aktuelle Studien zeigen, dass zahlreiche Akteure an Konflikten um die Unterbringung von Flüchtlingen beteiligt sind, neben den Geflüchteten selbst auch Anwohner, Betreiber von Unterkünften, Lokalpolitiker oder auch Verwaltungsmitarbeiter, und dass eine nicht ausreichende Kommunikation konfliktfördernd wirkt“**, erklärt Isabella Bauer, Friedenswissenschaftlerin und Autorin des Forschungsberichtes. Daher sei es besonders wichtig, dass Kommunen frühzeitig Methoden der Bürgerbeteiligung, Gewaltprävention und Konfliktmediation einsetzen, um Konflikten vor Ort vorzubeugen und ihnen angemessen begegnen zu können.

Aus den Erkenntnissen der Forschung leitet die Autorin auch konkrete Handlungsempfehlungen für die Kommunalpolitik ab. **„Sind in einer Kommune keine ausreichenden Kompetenzen der Gewaltprävention und konfliktsensitiven Flüchtlingsarbeit vorhanden, so sollten sie diese dringend durch Schulungen aufbauen oder externe Konfliktberater von außen hinzuziehen“**, so Bauer. Zudem sollten im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften dauerhafte Konfliktmediationsstrukturen wie

Flucht: Forschung und Transfer

Beschwerdestellen, Ombudsleute oder Konfliktlotsen, aber auch Begegnungsmöglichkeiten eingerichtet werden.

Der Bericht zeigt auch auf, dass die Forschung zu diesem Thema in Deutschland bisher äußerst lückenhaft ist und sich nur wenige Disziplinen mit lokalen Konflikten im Kontext der Unterbringung von Flüchtlingen beschäftigen. Die Sichtweisen und Handlungsstrategien von Flüchtlingen im Kontext dieser Konflikte sind bislang überhaupt nicht untersucht worden. Die im Bericht zusammengefassten Ergebnisse bilden daher einen Ausgangspunkt weiterer interdisziplinärer Forschung. **„Umfassende und langfristig angelegte Forschungsvorhaben sind notwendig, um vertiefte Erkenntnisse über Konfliktkonstellationen, lokale Dynamiken und die Wirkung von Gewaltprävention und Konfliktbearbeitung zu erzielen. Erst auf dieser Grundlage können kommunale Politik und Praxis der Flüchtlingsarbeit angemessen beraten werden“**, erläutert Conrad Schetter, Direktor des BICC und Mitherausgeber der Studie.

Der Forschungsbericht von Isabella Bauer **„Unterbringung von Flüchtlingen in deutschen Kommunen: Konfliktmediation und lokale Beteiligung“** ist auf der Website des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projektes „Flucht: Forschung und Transfer“ abrufbar. Auf Grundlage dieses Berichtes und der Diskussionen bei einem Policy-Workshop mit Akteuren der kommunalen Flüchtlingsarbeit spricht die Autorin in dem Policy Brief **„Gewaltprävention und Konfliktbearbeitung bei der Unterbringung von Geflüchteten: Eine Aufgabe für Kommunen!“** fünf zentrale politische Handlungsempfehlungen an kommunale Akteure aus.

Kontakt:

Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS)
Anke Riss
Tel. +49 541 969 4426
fft-imis@uni-osnabrueck.de

Bonn International Center for Conversion (BICC)
Susanne Heinke
Tel. +49 228 911 9644
pr@bicc.de

Zum Projekt: „Flucht: Forschung und Transfer“

Neueste wissenschaftliche Erkenntnisse aufzubereiten und mit dem Erfahrungswissen von Akteuren aus der Praxis zu verknüpfen, ist eines der Ziele des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Projektes des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück und dem Internationalen Konversionszentrum Bonn (BICC).

Gefördert durch:



DLR Projektträger

<http://flucht-forschung-transfer.de>